

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 41 | 15.10.2021

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 179/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Allgemeine Sozialversicherungsgesetz**, das **Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz**, das **Bauern-Sozialversicherungsgesetz** und das **Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz** geändert werden (Bezahlung eines pauschalen Honorars durch die Österreichische Gesundheitskasse für die Durchführung der Impfung und der Dokumentation)

[BGBl I 180/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz** geändert wird (Anspruch der Arbeitnehmer auf Sonderbetreuungszeit gegen Fortzahlung des Entgeltes im Ausmaß von bis zu drei Wochen bei behördlicher Schließung von Einrichtungen)

[BGBl I 181/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz – EAG** geändert wird (Verfassungsbestimmung mit der Kompetenz zur Erlassung, Aufhebung und Vollziehung der Vorschriften dem Bund eingeräumt wird; redaktionelle Richtigstellung in Bezug auf Aufbringung der Fördermittel)

[BGBl II 426/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die **3. C-RisikostufenVO für Zentrallehranstalten und höhere land- und forstwirtschaftliche Lehranstalten sowie die Forstfachschule** des Bundes erlassen und die **2. C-RisikostufenVO** für Zentrallehranstalten und höhere land- und forstwirtschaftliche Lehranstalten sowie die Forstfachschule des Bundes geändert wird

[BGBl II 427/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten über die **Festsetzung von Hundertsätzen** für die Bemessung von Kaufkraftausgleichszulagen für **im Ausland verwendete Beamte und Vertragsbedienstete** des Bundes

[BGBl II 428/2021](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die Altlastenatlas-VO geändert wird (**1. Altlastenatlas-VO-Novelle 2021**)

[BGBl II 429/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung (2. COVID-19- MV) geändert wird (**2. Novelle zur 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung**)

[BGBl II 430/2021](#)

Verordnung der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, mit der die **Gebarungsrichtlinienverordnung** geändert wird

[BGBl III 155/2021 \(Anlage\)](#)

Übereinkommen des Europarats über die **Gemeinschaftsproduktion von Kinofilmen** (revidiert)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 356 v 08.10.2021, 1](#)

Verordnung (EU) 2021/1767 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2021 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 1367/2006 über die Anwendung der Bestimmungen des **Übereinkommens von Århus** über den Zugang zu Informationen, die **Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren** und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten auf Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft

[ABI L 357 v 08.10.2021, 1](#)

Verordnung (EU) 2021/1755 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2021 zur **Einrichtung der Reserve** für die Anpassung an den **Brexit**

[ABI L 357 v 08.10.2021, 27](#)

Verordnung (EU) 2021/1756 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2021 zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/625 hinsichtlich der **amtlichen Kontrollen von Tieren** und Erzeugnissen tierischen Ursprungs, die aus **Drittländern in die Union ausgeführt werden**, um die Einhaltung des Verbots bestimmter **Verwendungen antimikrobieller Wirkstoffe** sicherzustellen, und der Verordnung (EG) Nr 853/2004 hinsichtlich der direkten Abgabe von Fleisch von Geflügel und Hasentieren

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

22.09.2021, [E 2773/2021](#)

AsylG; Ablehnung einer Beschwerde gegen die **Suspendierung vom Dienst** durch das BVwG; keine Bedenken gegen die Bestimmungen auf Grund derer die der Suspendierung zugrunde liegenden Beweise, nämlich die auf dem Mobiltelefon gespeicherten Daten, erhoben wurden; richtige Anwendung der Bestimmungen, die für eine Suspendierung gelten, stellt keine verfassungsrechtliche Frage dar; Abtretung der Beschwerde an den VwGH

27.09.2021, [G 44/2021](#) (Anlassfall [E 2893/2020](#))

Tir Flurverfassungsg; Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch die nach einer Bestimmung des Tir Flurverfassungsg vorgegebene **Unvereinbarkeit** des Amtes des Substanzverwalters einer Agrargemeinschaft mit bestimmten anderen Ämtern; Gleichheitswidrigkeit der – lediglich im Fall, dass eine Person bereits zum Obmann, Stellvertreter des Obmanns, Mitglied des Ausschusses oder Rechnungsprüfer einer Agrargemeinschaft gewählt wurde und anschließend zum Substanzverwalter bestellt werden soll – eintretenden Unvereinbarkeit; keine sachliche Rechtfertigung für die „umgekehrte“ Vereinbarkeit mit bestimmten anderen Ämtern bei einem bereits bestellten Substanzverwalter

30.09.2021, [E 3445/2021](#)

AsylG; Verletzung im **Recht auf Leben** und im **Recht, nicht der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe** oder Behandlung unterworfen zu werden durch die Nichtzuerkennung des **Status eines subsidiär Schutzberechtigten** an einen Staatsangehörigen von Afghanistan; Verkennung der spätestens seit 20.07.2021 erkennbaren extremen Volatilität der Sicherheitslage begründet eine reale Gefahr der Verletzung der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte durch die später ergangene Entscheidung

06.10.2021, [E 4496/2021](#)

Sbg BezügeG; Ablehnung der Beschwerde eines ehemaligen Bürgermeisters, welcher die Verfassungswidrigkeit der Bestimmungen des Sbg BezügeG vorbrachte; Verhältnismäßigkeit der **Neubemessung des Ruhebezugs**, weil sie an eine tatsächlich verhängte Strafe in einer bestimmten Höhe anknüpft und auf die Dauer der tatsächlich entrichteten Pensionsbeiträge abstellt; keine unsachliche „Benachteiligung“ eines pensionierten Politikers gegenüber aktiven Politikern, weil für diese beiden Gruppen jeweils unterschiedliche Regelungssysteme vorgesehen sind; zudem hat der BF freiwillig in das für ihn geltende System optiert

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

14.09.2021, [Ra 2020/07/0056](#)

UVP-G; **WasserrechtsG**; das über die vorgelegten Projektsunterlagen nachfolgend abgeführte Bewilligungsverfahren stellt zwar seinerseits einen Teil des § 21a WasserrechtsG-Verfahrens dar; dies ändert jedoch nichts daran, dass es sich um ein **wasserrechtliches Bewilligungsverfahren** handelt, in dem die Frage zu klären ist, ob durch das anzupassende Vorhaben ein möglicher Verstoß gegen aus dem Unionsumweltrecht hervorgegangene Rechtsvorschriften vorliegt; in diesem Umfang kommt **Umweltorganisationen** Recht auf Überprüfung zu; im Fall der Vorschreibung von Anpassungszielen nach § 21a leg cit als erstem Schritt und einem nachfolgenden wasserrechtlichen Bewilligungsverfahren als zweitem Schritt besteht hingegen kein Grund, Umweltorganisationen schon im Verfahren zur Erlassung eines Projektsvorlagebescheids nach § 21a leg cit **Parteistellung** zuzuerkennen

15.09.2021, [Ra 2020/17/0038](#)

GlücksspielG; eine **Beschlagnahme** nach § 53 Abs 1 GlücksspielG ist nur dann zulässig, wenn ein ausreichend substantiierter Verdacht vorliegt, dass mit Glücksspielgeräten oder sonstigen Eingriffsgegenständen, mit denen in das **Glücksspielmonopol des Bunds** eingegriffen wird, fortgesetzt oder wiederholt gegen Bestimmungen des § 52 Abs 1 leg cit verstoßen wird; der Umstand allein, dass die Bespielung der Geräte und damit die Durchführung von Probespielen zum Zeitpunkt der glücksspielrechtlichen Kontrolle nicht (mehr) möglich war, führt für sich genommen noch nicht dazu, dass angenommen werden könnte, der Verdacht des Eingriffs in das Glücksspielmonopol des Bunds mit Glücksspielgeräten sei entkräftet

C. VERWALTUNGSGERICHE

LVwG Ktn 28.06.2021, [KLVwG-1033/2/2021](#)

EpidemieG; **B-VG**; kranken, krankheitsverdächtigen oder ansteckungsverdächtigen Personen, denen gegenüber eine freiheitsbeschränkende Maßnahme (Absonderung in der Wohnung oder einer entsprechenden Krankenanstalt) verfügt wurde, steht die Möglichkeit einer Überprüfung dieser Maßnahme durch das Gericht zu; diese **Überprüfung der Freiheitsbeschränkung durch das Bezirksgericht**, in dessen Sprengel der Anhaltungsort liegt, steht nicht nur angehaltenen Personen offen, sondern es können auch jene Personen, die im Verkehr mit der Außenwelt durch Absonderungsmaßnahmen beschränkt wurden, die Überprüfung durch das Bezirksgericht beantragen; dadurch wurde ein Instanzenzug iSd Art 94 Abs 2 B-VG von der Verwaltungsbehörde zum Bezirksgericht geschaffen

LVwG Nö 23.09.2021, [LVwG-S-2009/001-2021](#)

WasserrechtsG; die Einleitung von Abwässern in ein Gewässer und somit von anderen als Niederschlagsgewässern mittels eines für derartige Zwecke nicht bewilligten Regenwasserkanals fällt nicht unter das Indirekteinleiterregime des § 32b WasserrechtsG, da es sich nicht um eine Einleitung in eine dafür bewilligte Kanalisationsanlage eines anderen handelt; vielmehr ist eine solche Einleitung nach § 32 leg cit zu beurteilen

LVwG Nö 04.10.2021, [LVwG-S-1611/001-2021](#)

COVID-19-MahnahmenG; COVID-19-NotmahnahmenVO; das Kriterium der Wirtschaftsgemeinschaft ist bei der Interpretation des Begriffs des „**gemeinsamen Haushalts**“ nicht ausschlaggebend; maßgeblich ist vielmehr das Kriterium der **Wohngemeinschaft**; ein teilweiser gemeinsamer Haushalt ist nach dem Verordnungswortlaut des § 4 Abs 1 3. COVID-19-NotmaßnahmenVO nicht ausreichend; vielmehr wird ein auf Dauer angelegtes gemeinsames Wohnen verlangt; der **Ausnahmegrund**, wonach aus gesundheitlichen Gründen das Tragen einer Atemschutzmaske der Schutzklasse FFP2 ohne Ausatemventil, oder jeweils einer äquivalenten bzw einem höheren Standard entsprechenden Maske oder den Mund- und Nasenbereich abdeckenden mechanischen Schutzvorrichtung nicht zugemutet werden kann, ist durch eine zur selbstständigen Berufsausübung berechtigten Arzt ausgestellte Bestätigung nicht bloß glaubhaft zu machen, sondern nachzuweisen; somit liegt ein erhöhtes Beweismaß vor

LVwG Tir 02.07.2021, [LVwG-2020/12/2219-8](#)

StPO; die von einem der belangten Behörde zurechenbaren Polizeibeamten aus eigenem Antrieb und somit nicht von einer staatsanwaltschaftlichen Anordnung umfasste **Auswertung des Mobiltelefons** und in diesem Zusammenhang unabsichtlich erfolgte Vernichtung der Daten stellt einen Eingriff in die subjektive Rechtssphäre des Bf da; es handelt sich dabei um eine **Maßnahme unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt**

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[14.10.2021, Rs C-186/18, José Cánovas Pardo](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinschaftlicher Sortenschutz – Verordnung (EG) Nr 2100/94 – Art 96 – **Berechnung der Verjährungsfrist** für Ansprüche nach den Art 94 und 95 – Beginn – **Zeitpunkt der Erteilung des gemeinschaftlichen Schutzes** sowie **Kenntniserlangung von der Handlung** und der Person des Verpflichteten – Zeitpunkt des Unterlassens der fraglichen Handlung – Aufeinanderfolgende Handlungen – Fortgesetzte Handlungen – Beschränkung auf mehr als drei Jahre zuvor begangene Handlungen

[14.10.2021, Rs C-583/19 P, Bernaldo de Quirós/Kommission](#)

Rechtsmittel – Öffentlicher Dienst – **Disziplinarverfahren** – Statut der Beamten der Europäischen Union – Art 3 des Anhangs IX – Beschluss K(2004) 1588 der Kommission über die Durchführung von Verwaltungsuntersuchungen und Disziplinarverfahren – Art 4 Abs 4 – Verwaltungsuntersuchung – **Anhörung des betreffenden Beamten** – Dem Untersuchungs- und Disziplinaramt der Kommission (IDOC) erteilter Auftrag, diese Anhörung durchzuführen – Verteidigungsrechte – **Anspruch auf rechtliches Gehör**

[14.10.2021, Rs C-662/19 P, NRW Bank/CRU](#)

Rechtsmittel – Wirtschafts- und Währungsunion – Bankenunion – **Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen** – Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM) – Einheitlicher Abwicklungsausschuss (SRB) – Einheitlicher Abwicklungsfonds (SRF) – Festsetzung des im Voraus erhobenen Beitrags für das Jahr 2016 – Nichtigkeitsklage – **Rechtsbehelfsfrist** – Verspätung – Anfechtbare Handlung – Bestätigende Handlung

[14.10.2021, Rs C-683/19, Viesgo Infraestructuras Energéticas](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Vorschriften für den **Elektrizitätsbinnenmarkt** – Richtlinie 2009/72/EG – Art 3 Abs 2 und 6 – Auferlegung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen – **Finanzierung eines Sozialtarifs** zum Schutz schutzbedürftiger Verbraucher – **Erfordernisse der Transparenz** und der **Nichtdiskriminierung**

[14.10.2021, Rs C-29/20, Biofa](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) Nr 528/2012 – Art 3 Abs 1 Buchst a und c – Begriffe ‚**Biozidprodukt**‘ und ‚**Wirkstoff**‘ – Voraussetzungen – Andere Wirkungsweise als bloße physikalische oder mechanische Einwirkung – Art 9 Abs 1 Buchst a – **Genehmigung eines Wirkstoffs** – Tragweite der Genehmigung

[14.10.2021, verb Rs C-45/20 u C-46/20, Finanzamt N \(Communication de l'affectation\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 167, Art 168 Buchst a, Art 250 und Art 252 – Vorsteuerabzug – Grundstück – **Arbeitszimmer** – Photovoltaikanlage – Zuordnungsentscheidung, die ein **Recht auf Vorsteuerabzug** eröffnet – Mitteilung der Zuordnungsentscheidung – Ausschlussfrist für die Ausübung des Rechts auf Vorsteuerabzug – Vermutung der **Zuordnung zum Privatvermögen des Steuerpflichtigen** bei fehlender Mitteilung der Zuordnungsentscheidung – Grundsatz der Neutralität – Grundsatz der Rechtssicherheit – Grundsätze der Äquivalenz und der Verhältnismäßigkeit

[14.10.2021, Rs C-231/20, Landespolizeidirektion Steiermark ua \(Machines à sous\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freier Dienstleistungsverkehr – Art 56 AEUV – **Glücksspiel** – Zugänglichmachen von verbotenen Ausspielungen – Sanktionen – Verhältnismäßigkeit – **Mindestgeldstrafen** – Kumulation – **Fehlende Höchstgrenze** – Ersatzfreiheitsstrafe – Proportionaler Beitrag zu den Kosten des Verfahrens – Art 49 Abs 3 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

[14.10.2021, Rs C-360/20, Ministerul Lucrărilor Publice, Dezvoltării și Administrației](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz der **finanziellen Interessen der Europäischen Union** – Art 325 AEUV – **Bekämpfung von Betrugereien** und sonstigen rechtswidrigen Handlungen – Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Union – **Begriff ‚Betrug‘** – Strafbares Verhalten während des Nachhaltigkeitszeitraums eines Vorhabens

[14.10.2021, Rs C-373/20, Dyrektor Z Oddziału Regionalnego Agencji Restrukturyzacji i Modernizacji Rolnictwa](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Landwirtschaft – **Gemeinsame Agrarpolitik** – Direktzahlungen – Gemeinsame Regeln – **Betriebsprämienregelung** – Verordnung (EG) Nr 1120/2009 – Art 2 Buchst c – **Begriff ‚Dauergrünland‘** – Fruchtfolge – Natürlich **wiederkehrende Überschwemmungen** von in einem besonderen Naturschutzgebiet belegenen Wiesen und Weiden

B. SCHLUSSANTRÄGE

[14.10.2021, Rs C-452/20, Agenzia delle dogane e dei monopoli und Ministero dell'Economia e delle Finanze \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – Herstellung, Aufmachung und Verkauf von **Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen** – Zusammenarbeit und Durchsetzung – Sanktionssystem – Wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen – Verpflichtung der Verkäufer von Tabakerzeugnissen, sich zu vergewissern, dass die Käufer das in den nationalen Rechtsvorschriften **festgelegte Alter für den Kauf von Tabakerzeugnissen** erreicht haben – **Aussetzung der Betriebslizenz** für einen Zeitraum von 15 Tagen

[14.10.2021, Rs C-556/20, Schneider Electric ua \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – System aus Steuervorabzug und Steuergutschrift bei **Weiterausschüttung von Dividenden** – Verhältnis der **Mutter-Tochter-Richtlinie** (Richtlinie 90/435) zu den Grundfreiheiten – Quellensteuer – Besteuerung von Dividendenzahlungen an eine Muttergesellschaft nach Art 4 der Richtlinie 90/435 – Bestimmungen, die die **Auszahlung von Steuerkrediten an den Dividendenempfänger** betreffen (Art 7 Abs 2 der Richtlinie 90/435)

[14.10.2021, verb Rs C-428/21 PPU u C-429/21 PPU, Openbaar Ministerie \(Droit d'être entendu par l'autorité judiciaire d'exécution\) \(GA Rantos\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – **Europäischer Haftbefehl** – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – Art 27 Abs 3 Buchst g und Abs 4 – Ersuchen um **Zustimmung zur Erweiterung der Straftaten** – Art 28 Abs 3 – Ersuchen um **Zustimmung zur weiteren Übergabe** – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Effektiver gerichtlicher Rechtsschutz – Recht der übergebenen Person auf Anhörung – Ort der Ausübung dieses Rechts – Modalitäten

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

12.10.2021, Beschwerde Nr [11625/17](#), *J.C. ua / Belgien*

Keine Verletzung von **Art 6 Abs 1 EMRK** (Recht auf Zugang zu einem Gericht); Immunität des Heiligen Stuhls ggü der Gerichtsbarkeit nationaler Gerichte; Ablehnung der Zuständigkeit der Gerichte für Schadenersatzklage von 24 Klägern wegen sexuellen Missbrauchs gegen Heiligen Stuhl; kein Abweichen von allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts in Fragen der staatl Immunität; Beschränkung nicht unverhältnismäßig

12.10.2021, Beschwerde Nr [4358/19](#), *The Association of Investigative Reporters and Editorial Security of Moldova und Sanduța / Republik Moldau*

Verletzung von **Art 10 EMRK** (Recht auf freie Meinungsäußerung); Verfahren wegen Verleumdung bezügl Artikel über angebliche Finanzierung der Sozialistischen Partei durch Offshore-Gesellschaft mit russischen Verbindungen im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2016; Abweisung der Verleumdungsklage und Anerkennung der Verletzung von Art 10 EMRK durch die innerstaatlichen Gerichte; keine ausreichende Wiedergutmachung, da keine Entschädigung

12.10.2021, Beschwerde Nr [15437/19](#), *Schrader / Österreich*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienleben); überlange innerstaatliche Verfahrensdauer bezügl Umgangsrecht des Vaters hinsichtl des ersten leiblichen Kindes des zweiten nicht-leiblichen Kindes, die zu Entfremdung des Vaters von den Kindern führte; auch Beziehung zum nicht-leiblichen Kind stellt Familienleben im Sinne der Konvention dar; Grundsatz der außergewöhnlichen Sorgfalt; Phasen der Untätigkeit im innerstaatlichen Verfahren, ohne zufriedenstellende Erklärung; Verstoß gegen Art 8 EMRK wegen überlanger Verfahrensdauer

14.10.2021, Beschwerde Nr [38977/19](#), *Samsin / Ukraine*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); ungerechtfertigte Entlassung eines Richters des Obersten Gerichtshofs auf Grundlage des Lustrationsgesetzes ohne individuelle Beurteilung des Verhaltens und trotz Nichtvorlage einer Lustrationserklärung; Beschäftigungsverbot des Bf im öff Dienst bis Ende 2024; Aufnahme seines Namens in öff Lustrationsregister; unberücksichtigtes Rücktrittsgesuch und Vorenthaltung der mit dem Eintritt in richterlichen Ruhestand verbundenen Vorteile (kurz vor Rentenalter)

VI. COVID-19-MASSNAHMENGESETZE UND -VERORDNUNGEN

A. COVID-19-MaßnahmenG

Titel	in Kraft ab	außer Kraft mit Ablauf des
COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBI I 12/2020 , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	31.12.2020
2. COVID-19-Gesetz, BGBI I 16/2020 : in Art 26 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz BGBI I 12/2020, ausgegeben am 21.03.2020 (Fügt §4 Abs.2 zu COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBI I 12/2020 hinzu, der rückwirkend mit 16.03.2020 in Kraft tritt)	22.03.2020	<i>unverändert</i>
3. COVID-19-Gesetz, BGBI I 23/2020 : in Art 50 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz (BGBI I 12/2020, zuletzt geändert durch BGBI I 16/2020), ausgegeben am 04.04.2020	05.04.2020	<i>unverändert</i>
104. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950, das Tuberkulosegesetz und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBI I 104/2020 , ausgegeben am 25.09.2020	26.09.2020	30.06.2021 (§2a tritt mit 26.09.2020 außer Kraft)
Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz) geändert wird, BGBI I 138/2020 , ausgegeben am 22.12.2020	23.12.2020	<i>unverändert</i>
23. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBI I 23/2021 , ausgegeben am 20.01.2021	21.01.2021	<i>unverändert</i>
33. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBI I 33/2021 , ausgegeben am 26.02.2021	27.02.2021	<i>unverändert</i>
82. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBI I 82/2021 , ausgegeben am 14.05.2021	19.05.2021	<i>unverändert</i>
90. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBI I 90/2021 , ausgegeben am 27.05.2021	28.05.2021	<i>unverändert</i>
100. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBI I 100/2021 , ausgegeben am 28.05.2021	29.05.2021	<i>unverändert</i>
105. Bundesgesetz, mit dem das Suchtmittelgesetz, das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBI I 105/2021 , ausgegeben am 28.06.2021	29.06.2021	31.12.2021

143. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 143/2021 , ausgegeben am 26.07.2021	27.07.2021	<i>unverändert</i>
---	------------	--------------------

B. VO betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19

96. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl II 96/2020 , ausgegeben am 15.03.2020 VfGH: BGBl II 184/2021 : VfGH Teile von §1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 23.04.2021	§§ 1 und 2 ab 16.03.2020 § 3 ab 17.03.2020	22.3.2020
110. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 110/2020 , ausgegeben am 20.03.2020	21.03.2020	13.04.2020
112. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, geändert wird, BGBl II 112/2020 , ausgegeben am 22.03.2020	23.03.2020	13.04.2020
130. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 130/2020 , ausgegeben am 02.04.2020 VfGH: BGBl II 486/2020 : VfGH §3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	03.04.2020 §4 mit 04.04.2020	§§1-3 13.04.2020 §4 24.04.2020
151. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 151/2020 , ausgegeben am 09.04.2020 VfGH: BGBl II 340/2020 : VfGH Teile von § 2 Abs 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 29.07.2020 BGBl. II Nr. 487/2020 : VfGH das Wort „angeschlossene“ in § 2 Abs 1 Z 12 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	14.04.2020	§§1-3 mit Ablauf des 30.04.2020 §4 mit Ablauf des 30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, BGBl II 162/2020 , ausgegeben am 18.04.2020	19.04.2020 § 2 Z 24 ab 20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO, BGBl II 197/2020 , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft getreten		30.04.2020

C. VO gem § 2 Z 1 des COVID-19-MaßnahmenG

98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, BGBl II 98/2020 , ausgegeben am 15.03.2020 VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat § 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	16.03.2020	22.03.2020
---	------------	------------

107. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 107/2020 , ausgegeben am 19.03.2020 VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat §§ 4 und 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	<i>unverändert</i>
108. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 108/2020 , ausgegeben am 19.03.2020 (lt BGBl) (lt RIS Eintrag kundgemacht am 20.03.2020) VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat § 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	13.04.2020
148. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 148/2020 , ausgegeben am 09.04.2020	14.04.2020	30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, BGBl II 162/2020 , ausgegeben am 18.04.2020	20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO BGBl II 197/2020 , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft		30.04.2020

D. VO über die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe

97. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe festgelegt werden, BGBl II 97/2020 , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	16.03.2020
--	------------	------------

E. VO über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem EpidemieG 1950 und dem COVID-19-MaßnahmenG

152. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz, BGBl II 152/2020 , ausgegeben am 10.04.2020	11.04.2020	14.07.2021
427. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 427/2020 , ausgegeben am 02.10.2020	03.10.2020	<i>unverändert</i>
30. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 30/2021 , ausgegeben am 22.01.2021	25.01.2021	<i>unverändert</i>

60. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 60/2021 , ausgegeben am 22.01.2021 (Datum später berichtigt) → BGBl II 95/2021 berichtigt BGBl II 60/2021 : statt ausgegeben am 22.01.2021 lautet es richtig „ausgegeben am 05.02.2021“	08.02.2021	<i>unverändert</i>
314. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz, BGBl. II 314/2021 , ausgegeben am 13.07.2021	14.07.2021	<i>Keine Angabe</i>

F. COVID-19-LockerungsVO (COVID-19-LV) und COVID-19-MaßnahmenVO (COVID-19-MV)

COVID-19-SchutzmaßnahmenVO (COVID-19-SchuMaV)

COVID-19-NotmaßnahmenVO (COVID-19-NotMV)

COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV		
197. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Lockerungen der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen wurden (COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV), BGBl II 197/2020 , ausgegeben am 30.04.2020 Außerdem lässt diese VO mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft treten: <ul style="list-style-type: none"> • Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl II 96/2020 • Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, BGBl II 98/2020 VfGH: BGBl II 484/2020 : VfGH § 10 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020 BGBl II 488/2020 : VfGH § 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020 BGBl II 492/2020 : VfGH Wortfolge in § 1 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 20.11.2020 BGBl II 318/2021 : VfGH § 1 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 15.07.2021 BGBl II 359/2021 : VfGH § 2 Abs 1 Z 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 16.08.2021	01.05.2020	30.06.2020
207. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird, BGBl II 207/2020 , ausgegeben am 13.05.2020 VfGH: BGBl II 485/2020 : VfGH § 6 Abs 1 und 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020, Aufhebung mit Ablauf des 31.12.2020 in Kraft BGBl II 360/2021 : VfGH § 6 Abs 2 und 3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021	15.05.2020	<i>unverändert</i>
231. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (2. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 231/2020 , ausgegeben am 27.05.2020 VfGH:	29.05.2020	31.08.2020

BGBl II 485/2020 : VfGH § 6 Abs 5 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020		§ 9 (2) entfällt mit Ablauf 30.06.2020
BGBl II 360/2021 : VfGH § 6 Abs 7 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021		
239. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (3. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 239/2020 , ausgegeben am 28.05.2020	29.05.2020	<i>unverändert</i>
246. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (4. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 246/2020 , ausgegeben am 29.05.2020	30.05.2020	<i>unverändert</i>
266. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (5. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 266/2020 , ausgegeben am 13.06.2020 VfGH: BGBl II 146/2021 : VfGH §4 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021	15.06.2020	<i>unverändert</i>
287. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (6. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 287/2020 , ausgegeben am 29.06.2020 VfGH: BGBl II 358/2021 : VfGH § 6 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 16.08.2021	01.07.2020	31.12.2020
299. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (7. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 299/2020 , ausgegeben am 02.07.2020	03.07.2020	<i>unverändert</i>
332. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (8. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 332/2020 , ausgegeben am 22.07.2020	24.07.2020	<i>unverändert</i>
342. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (9. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 342/2020 , ausgegeben am 29.07.2020 VfGH: BGBl II 146/2021 : VfGH § 4 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021	30.07.2020	<i>unverändert</i>
398. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (10. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 398/2020 , ausgegeben am 12.09.2020	14.09.2020	<i>unverändert</i>
407. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (11. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 407/2020 , ausgegeben am 18.09.2020 <i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV)</i>	21.09.2020	§ 11 Abs 9 tritt mit 21.09.2020 außer Kraft
Neuer Titel: COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV		
412. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (1. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 412/2020 , ausgegeben am 24.09.2020	25.09.2020	„§ 10c samt Überschrift und die Anlage treten drei Tage nach Inkrafttreten der

		nächsten Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz außer Kraft“
446. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (2. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 446/2020 , ausgegeben am 15.10.2020 <i>Anmerkung:</i> § 10c gelangt nur für Gelegenheitsmärkte zur Anwendung, die nach dem 13. November 2020 stattfinden	16.10.2020 § 10c 14.11.2020	§ 10b (4) mit 16.10. außer Kraft
455. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (3. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 455/2020 , ausgegeben am 22.10.2020 <i>Anmerkung:</i> § 1 samt Überschrift, § 1a, § 2 Abs 5, § 4 Abs 2 und 3, § 6 Abs 1a, 1b, 2, 2a, 3a, 5a, 5b, 7 und 8, § 8 Abs 1, 1a und 2, § 9 Abs 1 und 3 samt Überschrift, § 9a, § 10 Abs 2, 2a, 3, 7, 8 und 10a, § 10a Abs 2, § 10b Abs 2, § 10d Abs 1, § 11, § 11a samt Überschrift und § 11b idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 24. Oktober 2020 in Kraft. § 6 Abs 1a, 1b, 3b, § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5, idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 22. November 2020 außer Kraft. Mit 23. November 2020 treten § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5 idF der VO BGBl II 446/2020 wieder in Kraft. § 6 Abs 1c, § 9 Abs 2 sowie § 10 Abs 5 und 10 idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 31. Oktober 2020 in Kraft.	25.10.2020 §§ 6 (1c), 9 (2), 10 (5) (10) ab 01.11.2020 §§ 10 (2) S 1, 10 (5) idF 446/2020 ab 23.11.2020	§§ 6 (1a) (1b) (3b), 10 (1) S 1, 10 (5) mit Ablauf 22.11.2020 außer Kraft
456. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (4. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 456/2020 , ausgegeben am 22.10.2020 <i>Anmerkung:</i> Laut COVID-19-SchuMaV tritt diese VO ab 03.11.2020 außer Kraft und sollte bei außer Kraft treten der COVID-19-SchuMaV wieder in Kraft treten idF vom 07.11.2020. ABER: Laut COVID-19-NotMV tritt die COVID-19-SchuMaV zwar mit 17.11.2020 außer Kraft, diese VO (COVID-19-MV) tritt aber nicht wieder in Kraft.	07.11.2020	Tritt laut Covid-19-SchuMaV bereits ab 03.11.2020 außer Kraft.
COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV		
463. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV), BGBl II 463/2020 , ausgegeben am 01.11.2020 <i>Anmerkung:</i> Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, außer Kraft. Sie tritt mit dem Außerkrafttreten dieser VO wieder in Kraft und zwar in jener Fassung, die sie, wäre sie nicht außer Kraft getreten, mit 7. November 2020 auf Grund ihrer letzten Änderung durch die VO BGBl II 456/2020 erlangt hätte.	03.11.2020	30.11.2020 § 2 12.11.2020 Schon mit Ablauf 16.11.2020 außer Kraft (lt. NotMV 479/2020)
472. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird, BGBl II 472/2020 , ausgegeben am 10.11.2020	11.11.2020	
476. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird (2. COVID-19-SchuMaV-Novelle), BGBl II 476/2020 , ausgegeben am 11.11.2020	13.11.2020	§2 22.11.2020
544. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 544/2020 , ausgegeben am 04.12.2020	07.12.2020	23.12.2020 § 2 16.12.2020

		16.12.2020 (lt 566/2020)
<p>566. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 566/2020, ausgegeben am 16.12.2020</p> <p><i>Anmerkung: Gleichzeitig tritt die 2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 544/2020, außer Kraft.</i></p> <p>Bis zum <u>18. Dezember 2020</u> gilt, dass der Betreiber seiner Verpflichtung gem § 10 Abs 4 nachkommt, wenn die Mitarbeiter durchgehend eine den Mund- und Nasenbereich abdeckende und eng anliegende mechanische Schutzvorrichtung tragen und für diese zweimal pro Woche ein Antigen-Test auf SARS-CoV-2 oder ein molekularbiologischer Test auf SARS-CoV-2 durchgeführt wird und dessen Ergebnis negativ ist. Im Fall eines positiven Testergebnisses kann das Einlassen abweichend davon dennoch erfolgen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. jedenfalls mindestens 48 Stunden Symptomfreiheit nach abgelaufener Infektion vorliegt und 2. auf Grund der medizinischen Laborbefunde, insbesondere aufgrund des CT-Werts >30, davon ausgegangen werden kann, dass keine Ansteckungsgefahr mehr besteht. <p><u>Am 24. und 25. Dezember 2020 gilt:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. § 2 und § 13 Abs 3 Z 11 gelangen nicht zur Anwendung. 2. Abweichend von § 13 Abs 3 Z 10 sind Zusammenkünfte von nicht mehr als zehn Personen zulässig, wobei diese aus höchstens zehn verschiedenen Haushalten stammen dürfen. Für solche Zusammenkünfte gelangt § 13 Abs 4 nicht zur Anwendung. 	<p>17.12.2020</p> <p>§§ 4 (4), 5 (6) Z 5, 12 (2) mit 24.12.2020</p>	<p>26.12.2020</p> <p>§ 4 (3) Z 3 mit 24.12.2020 außer Kraft</p>
<p>598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, BGBl II 598/2020, ausgegeben am 22.12.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II Nr. 361/2021: VfGH die Wortfolge "mit höchstens 50 Personen" in § 12 Abs. 1 Z 7 für gesetzwidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021</p>	<p>23.12.2020</p> <p>§ 4 (3) Z 1 und Z 2 ab 24.12.2020</p>	<p>25.12.2020</p>
<p>58. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 58/2021, ausgegeben am 05.02.2021</p>	<p>08.02.2021</p>	<p>17.02.2021</p>
<p>76. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 76/2021, ausgegeben am 17.02.2021</p>	<p>18.02.2021</p>	<p>27.02.2021</p>
<p>94. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 94/2021, ausgegeben am 25.02.2021</p>	<p>28.02.2021</p>	<p>09.03.2021</p>
<p>105. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (3. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 105/2021, ausgegeben am 08.03.2020</p>	<p>10.03.2021</p>	<p>14.03.2021</p>

<p>111. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (4. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 111/2021, ausgegeben am 12.03.2021</p>	<p>15.03.2021 § 6 (8) mit 01.04.2021</p>	<p>11.04.2021 § 2 mit Ablauf des 24.03.2021</p>
<p>120. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (5. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II 120/2021, ausgegeben am 23.03.2021</p>	<p>25.03.2021</p>	<p><i>unverändert</i> §2 mit Ablauf des 03.04.2021</p>
<p>139. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (6. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II Nr. 139/2021, ausgegeben am 30.03.2021</p>	<p>01.04.2021</p>	<p>25.04.2021 §2 mit Ablauf des 10.04.2021 §25 mit Ablauf des 06.04.2021 (NÖ, Bgl.), 10.04.2021 (Wien)</p>
<p>147. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (7. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II Nr. 147/2021, ausgegeben am 06.04.2021</p>	<p>07.04.2021</p>	<p>25.04.2021 §2 mit Ablauf des 16.04.2021 §25 mit Ablauf des 10.04.2021</p>
<p>162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (8. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 162/2021, ausgegeben am 09.04.2021</p>	<p>11.04.2021</p>	<p><i>Unverändert</i> §2 mit Ablauf des 20.04.2021 §25 mit Ablauf des 18.04.2021</p>
<p>171. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (9. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 171/2021, ausgegeben am 16.04.2021</p>	<p>19.04.2021</p>	<p>02.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 25.04.2021</p>
<p>181. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (10. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 181/2021, ausgegeben am 23.04.2021 Anmerkung: §2 tritt nun nicht mehr mit Ablauf des 28.04.2021 außer Kraft, sondern gemeinsam mit der restlichen VO mit Ablauf des 05.05.2021</p>	<p>26.04.2021</p>	<p>05.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 02.05.2021</p>

206. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (11. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 206/2021 , ausgegeben am 04.05.2021	06.05.2021	18.05.2021 §2 mit Ablauf des 15.05.2021
221. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (12. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 221/2021 , ausgegeben am 14.05.2021	16.05.2021	<i>unverändert</i>
COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV		
479. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV), BGBl II 479/2020 , ausgegeben am 15.11.2020 <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser VO tritt die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 463/2020, außer Kraft. Die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, tritt nicht wieder in Kraft.</i>	17.11.2020	06.12.2020 § 1 und § 12 26.11.2020
528. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege, und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV geändert wird (1. COVID-19-NotMV-Novelle), BGBl II 528/2020 , ausgegeben am 25.11.2020	27.11.2020	§ 1 und § 12 6.12.2020
598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, BGBl II 598/2020 , ausgegeben am 22.12.2020 <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die 3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 566/2020, außer Kraft.</i>	26.12.2020	04.01.2021
2. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 2/2021 , ausgegeben am 04.01.2021	05.01.2021	14.01.2021
17. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 17/2021 , ausgegeben am 14.01.2021	15.01.2021	24.01.2021
27. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-NotMV), BGBl II 27/2021 , ausgegeben am 21.01.2021	25.01.2021	03.02.2021
49. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-NotMV), BGBl II 49/2021 , ausgegeben am 02.02.2021	04.02.2021	07.02.2021

G. COVID-19-ÖffnungsVO (COVID-19-ÖV)

2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV

<p>214. Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie (COVID-19-Öffnungsverordnung – COVID-19-ÖV), BGBl II 214/2021, ausgegeben am 10.05.2021</p>	<p>19.05.2021</p>	<p>30.06.2021 §§ 13-16 mit Ablauf des 16.06.2021 (lt. BGBl. II 247/2021)</p>
<p>214. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (1. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 214/2021, ausgegeben am 10.05.2021</p> <p><i>Anmerkung: Hier werden §8 Abs. 4 und §9 Abs. 5 geändert, diese treten mit Inkrafttreten jenes nachfolgenden Bundesgesetzes in Kraft, durch das § 1 Abs. 5 Z 6 des COVID-19-MG geändert wird (§ 13 Abs. 10 COVID-19-MG) -> mit Stand 20.05.2021 gibt es jedoch keine Z6 in §1 Abs. 5 des COVID-19-MG</i></p>	<p>§8(4) und §9(5) nach Änderung von §1(5) Z6 COVID-19-MG in Kraft</p>	<p><i>unverändert</i></p>
<p>223. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (2. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 223/2021, ausgegeben am 18.05.2021</p>	<p>19.05.2021</p>	<p><i>unverändert</i></p>
<p>242. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (3. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 242/2021, ausgegeben am 01.06.2021</p>	<p>03.06.2021</p>	<p><i>unverändert</i></p>
<p>247. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (4. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 247/2021, ausgegeben am 02.06.2021</p>	<p>10.06.2021 §16a (5) u §17(1) bereits mit 03.06.2021</p>	<p>§ 5 Abs. 1 Z 4 und Abs. 6 zweiter Satz, § 13 Abs. 6 zweiter Satz und § 24 Abs. 1 zweiter Satz mit 10.06.2021</p>
<p>256. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (5. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 256/2021, ausgegeben am 09.06.2021</p>	<p>10.06.2021</p>	<p><i>unverändert</i></p>
<p>2. COVID-19-Öffnungsverordnung – 2. COVID-19-ÖV</p>		
<p>278. Verordnung, mit der die Verordnung über weitere Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie (2. COVID-19-Öffnungsverordnung) erlassen wird, BGBl II 278/2021, ausgegeben am 28.06.2021</p>	<p>01.07.2021</p>	<p>31.08.2021 30.09.2021 (lt. BGBl II 366/2021) 31.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021)</p> <p>§§ 12 – 16: 28.07.2021 19.08.2021 (lt. BGBl II 321/2021) 17.09.2021 (lt. BGBl II 366/2021) 13.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021)</p>

278. Verordnung, mit der die Verordnung über weitere Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 278/2021 , ausgegeben am 28.06.2021	22.07.2021	§ 8 Abs. 5 zweiter Satz und § 17 samt Überschrift mit 22.07.2021
321. Verordnung, mit der die Verordnung BGBl. II Nr. 278/2021 und die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert werden (2. und 3. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 321/2021 , ausgegeben am 16.07.2021	22.07.2021 § 1 Abs. 2 15.08.2021	<i>unverändert</i>
328. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (4. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 328/2021 , ausgegeben am 20.07.2021	22.07.2021	<i>unverändert</i>
366. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (5. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 366/2021 , ausgegeben am 18.08.2021	§ 17 Abs. 2 und § 23 Abs. 1 20.08.2021 § 9 Abs. 1 und 2, § 19 Abs. 1 Z 1 für Bgld, NÖ, Wien, 06.09.2021 für alle anderen Bundesländer mit 13.09.2021	30.09.2021
367. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (6. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 367/2021	20.08.2021	<i>unverändert</i>
385. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (7. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl. II 385/2021	für Bgld, NÖ, Wien, 06.09.2021 für alle anderen Bundesländer mit 13.09.2021	§ 19 Abs. 1a Z 1 zweiter Satz mit 30.09.2021 außer Kraft <i>Rest: unverändert</i>
394. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (8. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl. II 394/2021 <i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV)“</i>	15.09.2021	31.10.2021 § 19 Abs. 3 Z 8 mit 15.09.2021
2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV		
396. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV), geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl. II 396/2021	15.09.2021	<i>unverändert.</i> 31.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021)

		§§ 12 – 16: 13.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021) (lt. BGBl II 429/2021)
429. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl II 429/2021 , ausgegeben am 11.10.2021	12.10.2021	<i>unverändert</i>

H. COVID-19-VirusvariantenVO (COVID-19-VvV)

63. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zusätzliche Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 (Virusvariante B.1.351) getroffen werden (COVID-19-Virusvariantenverordnung – COVID-19-VvV), BGBl II 63/2021 , ausgegeben am 10.02.2021	12.02.2021 (Tirol)	21.02.2021
85. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, BGBl II 85/2021 , ausgegeben am 19.02.2021	20.02.2021	03.03.2021
98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, BGBl II 98/2021 , ausgegeben am 03.03.2021	04.03.2021	10.03.2021

Eine Gesamtchronologie zum COVID-19-Maßnahmenrecht finden Sie [hier](#)

Hinweis: Die Zusammenstellung der COVID-19-Maßnahmegesetze und -verordnungen wird vom LVwG Niederösterreich zur Verfügung gestellt.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren/kündigen](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Mag. Daniela Ertl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, Univ.-Ass. Mag. Ilka Kuci, Mag. Masar.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell einschließlich der Zusammenstellung zum COVID-19-Maßnahmerecht trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.